



Referat von Marina Carobbio Guscetti, Nationalrätin TI, Vizepräsidentin der SP Schweiz

Es gilt das gesprochene Wort.

Lohndruck, Arbeitslosigkeitsrisiko, Scheinselbständigkeit, Subunternehmertum, Schwarzarbeit und unbezahlbare Wohnungen sind Schlagworte, die immer wieder im Zusammenhang mit Einwanderung genannt werden und für politischen, sozialen und gesellschaftlichen Zündstoff sorgen.

Die SP hat – gestützt auf diese Ausgangslage – bereits in der Vergangenheit gezielt ihre Zustimmung für die Personenfreizügigkeit an flankierenden Massnahmen am Arbeitsmarkt gekoppelt. Heute müssen wir erkennen, dass diese Schutzmassnahmen nicht mehr ausreichend sind. Allein im in Tessin gab es Ende 2011 53'936 GrenzgängerInnen. Dies entspricht einem Anstieg von 11.7% im Jahr 2011. Ähnlich sieht die Lage im Kanton Genf (+11.0%) und Baselstadt (+ 7.4%) aus. Besonders hoch ist die Zahl der temporären und entsendeten Arbeitnehmenden in der gesamten Schweiz, die stark unter Lohndruck stehen. Diese Zahlen verdecken ein grundlegendes Problem: GrenzgängerInnen werden gegen einheimische Arbeitnehmende ausgespielt und gleichzeitig ermöglichen Gesetzeslücken, GrenzgängerInnen mit tieferen Löhnen einzustellen.

Die Einwanderung über administrative Hürden, Kontingente oder Einwanderungsbeschränkungen steuern zu wollen, ist weder effektiv noch effizient. Sie setzen tieferen Löhnen oder überhitzten Wohnungsmärkten proaktiv nichts entgegen.

Weil wir hier zahlenmässig nicht genügend ausgebildete Fachkräfte haben, muss die Schweiz ihre Arbeitnehmenden im Ausland rekrutieren. Die dadurch entstehende Migration führt vermehrt zu Engpässen und Verteilungskonflikten. Unser Ziel ist es, die Personenfreizügigkeit im Interesse aller zu gestalten, damit Freiheitsrechte und soziale Gerechtigkeit gewahrt bleiben und gleichzeitig die Nachfrage nach Arbeitskräften befriedigt werden kann. Wir fordern deshalb flankierende Massnahmen, die weitreichender sind als die bereits heute vorhandenen.

Der Lohndruck am Arbeitsmarkt trifft hauptsächlich bereits ansässige AusländerInnen, die von nachrückenden Einwandernden in die Arbeitslosigkeit abgedrängt werden; insbesondere dann, wenn diese über einen niedrigen Bildungsstand verfügen. Aber die Gefahr des Lohndumpings weitet sich zu einem stetig wachsenden Anteil der Bevölkerung – insbesondere in den Grenzkantonen - aus. Auch bei Hochqualifizierten und bei Neueinstellungen zeichnet sich ein lohndämpfender Effekt durch die Einwanderung ab. Die Kontrollaktivität muss erhöht werden, um die Einsteigerlöhne zu schützen. Durch Anhebung des Lohnniveaus und Mindestlöhne, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, verschärfte Lohnkontrollen in Bezug auf Qualifikation und Lohngleichheit der Geschlechter kann dem Lohndruck entgegengewirkt werden.

Wo wiederholt Lohn- und Sozialdumping festgestellt worden ist, stehen die Kantone in der Pflicht, Mindestlöhne - die jedoch nicht unhaltbar tief angesetzt sein dürfen - zu erlassen.

Werden Missbräuche aufgedeckt, kommt es aber in den seltensten Fällen zu Sanktionen. Und wenn Sanktionen verhängt werden, ist dies nicht gleichbedeutend, dass diese auch vollstreckt werden. In den Grenzregionen gab es bereits vor vier bis fünf Jahren diese Problematik, die jetzt die ganze Schweiz erfasst hat. Obwohl damals explizit darauf hingewiesen worden ist, wurde der politische Fokus nicht darauf gerichtet. Erst jetzt, seitdem auch andere Regionen und städtische Agglomerationen davon betroffen sind, kommt die Politik langsam in die Gänge. Wir können uns jedoch keine Verzögerungen mehr erlauben.

Die Scheinselbständigkeit - ein Schlupfloch für viele Unternehmen, um sich der Schweizer Löhne und Arbeitsbedingungen zu entziehen - ist weit verbreitet. Bei dringendem Verdacht auf Scheinselbständigkeit ist ein sofortiger Arbeitsunterbruch zu verfügen. Gebüsst werden müssen die Arbeitgeber, die ihre Beschäftigten als selbständig ausgeben und nicht die Scheinselbständigen.

Subunternehmerketten und Scheinselbständigkeit sind oft miteinander verbunden, um Vertragsverhältnisse zu verschleiern. Das Beispiel Österreich zeigt, wie sich ein kleines und offenes Land den Durchsetzungsproblemen stellt, indem es die Auftraggeberhaftung eingeführt hat. Auch in der Schweiz steigt langsam der Druck der Solidarhaftung auf die Unternehmen. Dies entspricht auch dem Vorschlag der Nationalratskommission von letzter Woche, damit Unternehmen keine Aufträge zu Tiefstpreisen an Subunternehmen weitergeben können. Für uns eine zwingende Bedingung.

Schwarzarbeit ist staatenlos: sie gibt es unter Menschen mit oder ohne Schweizer Pass. Der Kampf gegen die Schwarzarbeit muss sich gegen die Arbeitgebenden richten, die schwarzarbeiten lassen. Sie darf nicht auf dem Buckel der Arbeitnehmenden bekämpft werden.

Ein Vergleich der politischen Handlungsoptionen im Positionspapier in der Fassung der Geschäftsleitung vom 23. März 2012 belegt, dass nur mit zusätzlichen wirkungsvollen flankierenden Massnahmen (FLAM plus) Lohndruck und allgemein sinkende Lebensqualität verhindert, Arbeitslosigkeitsrisiko vermindert, Scheinselbständigkeit und Schwarzarbeit unterbunden und Subunternehmertum reguliert werden können. Die Situation auf dem Wohnungsmarkt wird nur mit griffigen flankierenden Massnahmen in den Griff zu bekommen sein. Über kurz oder lang ist keine nachhaltige Integration ohne demokratische Mitwirkungsrechte und politische Teilhabe möglich. Ein wichtiges Instrument hierzu bildet die rasche Einbürgerung unter Beibehalt der bisherigen Staatsbürgerschaft. Genauso unverzichtbar ist eine aktive Förderung der Nichtdiskriminierung und der Chancengleichheit. Die Einwanderung auf Europa zu beschränken und die Menschen aus der restlichen Welt praktisch vollständig auszugrenzen, ist keine nachhaltige Lösung. Das Zweikreisemodell muss überwunden werden, damit nicht nur hochqualifizierte Spezialisten, sondern auch weniger qualifizierte Personen von ausserhalb Europas die Möglichkeit erhalten, legal in der Schweiz zu arbeiten, wenn dafür eine reale Nachfrage besteht.

Weil wirkungsvolle flankierende Massnahmen in den Bereichen Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt und Bildungswesen fehlen, nimmt ein wachsender Teil der Bevölkerung die Personenfreizügigkeit als Bedrohung wahr. Das Fazit für die SP in diesem Zusammenhang ist klar: Eine Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien wird es nur mit zusätzlichen flankierenden Massnahmen geben.